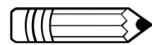


Philologenverband Schleswig-Holstein

Gymnasium heute

Weitere Themen in dieser Ausgabe:

- Bericht DPhV Bundesvorstandssitzung
- A14 Beförderungsverfahren
- Juphi Frühjahrstagung
- ÖPR Schulung
- HPR Wahl
- BRA Tagung
- Pensionärsausflug
- Terminrückschau
- Kolumne
- Rezension



editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Schleswig-Holstein hat gewählt. Erneut werden wir in Schleswig-Holstein eine Regierung bekommen, die von der Christlich Demokratischen Union geführt wird. Ob die bisherige Bildungsministerin Frau Prien, die dieser Partei angehört, in ihrem Amt bestätigt wird, war bei Redaktionsschluss noch offen.

Wer im Vorfeld der Wahl das Programm der CDU im Hinblick auf dessen Aussagen zur Bildungspolitik durchforstet, findet lediglich diesen einen Satz zur

Schulart Gymnasium: „Wir werden das Gymnasium als Ort des Leistungsgedankens und der Vorbereitung auf die akademische Ausbildung weiter stärken.“ Im Folgesatz lautet die Aussage: „Gemeinschaftsschulen wollen wir als Lernorte stärken, in denen Chancengerechtigkeit realisiert und auch bei sehr unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen erfolgreich auf alle Abschlüsse vorbereitet wird.“ (CDU – Wahlprogramm 2022, Kapitel 1.3 Schule schafft neue Kompetenzen für morgen, S. 7f.)

Diese vordergründig klare Aufgaben-

zuweisung für die beiden weiterführenden Schularten verwässert jedoch die Bedeutung des Abiturs als die Bestätigung der allgemeinen Studierfähigkeit. Das Abitur an den Gymnasien war und ist ebenso wenig mit dem Abitur an den Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe vergleichbar wie mit dem Abitur an den Beruflichen Gymnasien.



Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode zur Kenntnis nehmen müssen, dass im CDU-geführten Bil-

dungsministerium das allgemeinbildende Gymnasium als weiterführende Schule und die Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer in mehrfacher Hinsicht vernachlässigt wurden. Es ist keineswegs übertrieben, wenn wir feststellen: Die Schulart Gymnasium steht auch in Schleswig-Holstein am Scheideweg.

Das Motto der diesjährigen Vollversammlung des Deutschen Philologenverbandes „Gymnasium weiter gedacht“ machen auch wir in Schleswig-Holstein uns zu eigen. Es beschreibt unsere Aufgabe als Berufsvertretung und Interessenverband des allge-



**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

meinbildenden Gymnasiums und seiner Lehrkräfte, eine Rückbesinnung auf die besondere Rolle dieser Schulart einzuleiten, dabei aber gesellschaftliche Veränderungen und dadurch entstehende neue Aufgaben angemessen zu berücksichtigen.

Das Gymnasium ist keine „Schule für alle“. Es geht nicht um eine Schule für alle, sondern um die richtige Schule für jeden. Es ist nicht gleich, an welcher der drei weiterführenden Schularten das Abitur, das eben für die allgemeine Studierfähigkeit steht, erlangt wird.

Der Philologenverband Schleswig-Holstein fordert die Rückbesinnung auf eine qualitätsvolle gymnasiale Bildung. Der Philologenverband bekennt sich zur Vielgliedrigkeit, alle Schularten sollen in ihrem jeweiligen Profil gestärkt werden. Denn nur das grundständige Gymnasium vermittelt eine vertiefte Allgemeinbildung, Wissenschaftspropädeutik sowie eine bewahrend-wertschätzende Einstellung bei gleichzeitiger Auseinandersetzung mit den ständigen Veränderungen durch Selbst- und Weltbilder.

Wir fordern den Erhalt und Ausbau des staatlichen Schulsystems. Das allgemeinbildende Gymnasium ist eine staatliche Schule mit bestens ausgebildeten Fachlehrkräften, welche die Fachlichkeit kultivieren, präsentieren und pflegen. Ausschließlich das allgemeinbildende Gymnasium führt zu einer allgemeinen Studierfähigkeit.

Wir erwarten von der Bildungspolitik die Stärkung des gegliederten Schulwesens. Als Berufsvertretung und Interessenverband der Gymnasiallehrkräfte setzen wir uns dafür ein, dass deren besonderen Aufgaben und Belastungen Rechnung getragen wird. Wir fordern ein angemessenes

Stundendeputat sowie eine leistungsgerechte Alimentierung. Überlastung muss abgebaut werden, beispielsweise durch den konsequenten Rückbau unterrichtsfremder Aufgaben.

Mit einer von uns in mehrfacher Hinsicht als zielführend erachteten Wiedereinführung des 1. und des 2. Staatsexamens soll auch die Rückkehr zur differenzierten Dauer des Lehramtsstudiengänge erreicht werden. Das gegliederte System der weiterführenden Schularten erfordert in der ersten und zweiten Ausbildungsphase unterschiedliche Inhalte. Diese voneinander abweichenden Anforderungen bestehen sowohl inhaltlich als auch im Umfang. Einzelne Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen und Bayern sind nicht auf den Zug der Bachelor- und Masterstudiengänge für das Lehramtsstudium aufgesprungen. Damit schonen sie nicht nur ihre finanziellen wie personellen Ressourcen. Die Bildungsminister behalten auch ihre

Prüfungshoheit bei den Abschlüssen und tragen so zur Vereinheitlichung zumindest zwischen den Universitäten im eigenen Land bei.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, seien Sie gewiss, dass wir uns auch in der neuen Legislaturperiode für die Belange des Gymnasiums mit motivierten Fachlehrkräften, die ihren Beruf in hoher Qualität ausüben möchten, einsetzen werden.

Herzliche Grüße,

J. Loyet-Rück

**KLASSEN-
STÄRKE**
23
23
**WOCHEN-
STUNDEN**



Ein musikalischer Beitrag auf der Festveranstaltung des DPhV-Vertretertages: das Amida-Trio des Musikgymnasiums Carl Philipp Emanuel Bach, Berlin
Foto: Phv

„Gymnasium – weiter gedacht“

DPHV Sitzung des Bundesvorstandes und Vertreterversammlung im Mai in Berlin

Mit Dank für deren „Lebenseinsatz“ und ihrer jahrzehntelangen Treue verabschiedete unsere Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing verdiente Mitglieder.

So auch den Beauftragten für die Auslandsschulen, **Christian Wendt**, Mitglied im Philologenverband Schleswig-Holstein. In beeindruckender Weise und mit viel Herzblut hat er sich viele Jahre lang für die Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartner und Berater zur Verfügung gestellt. Seine hohe Kompetenz in allen Fragen des Auslandsschuldienstes erwarb sich Christian Wendt insbesondere in seiner Zeit an der Deutschen Schule in Kapstadt. Dieser stand er sieben Jahre als deren Schulleiter vor.

Im aktuellen Teil der Bundesvorstand-Sitzung wies Frau Lin-Klitzing zunächst auf den großen Erfolg der Lehrerimagekampagne des DPhV „**Ich habe LehrKRAFT**“ hin, mit der vor allem junge Menschen in den so genannten sozialen Medien erreicht wurden. Beeindruckend hohe Zahlen von tweet-impressions auf den social media-Kanälen belegen dies. Sie betonte die wichtige und drängende Aufgabe für die Bildungsministerinnen und Bildungsminister, den Lehrkräfteberuf attraktiver zu machen. Der Lehrkräftemangel sei mittlerweile bundesweit auch an den Gymnasien angekommen. Auf belastende Bedingungen vielfältiger Art an den Gymnasien deutet ein Ergebnis der OECD-Studie 2021/22 hin. Deutschland wird dort als das europäische Land mit der höchsten Schulpräsenz in der Sekundarstufe II hervorgehoben. Die Leistung unserer Kolleginnen und Kolle-

gen an den allgemeinbildenden Gymnasien während der Corona-Jahre ist nun auch empirisch belegt. Aufgrund dieses Engagements konnten die Abiturienten ihre Prüfungen ohne substanzielle Beeinträchtigungen ablegen.

Die zweite Kurzumfrage des DPhV, dieses Mal zum Thema „**Bürokratieabbau**“, ergibt in allen Bundesländern für die Gymnasiallehrkräfte eine immens hohe Belastung durch unterrichtsfremde Aufgaben. Gleiches beobachten wir auch in Schleswig-Holstein. Jüngst hat das Bildungsministerium mit dem angehängten Aufgabenkatalog im „**Erlass zur Aufgabenübertragung für Oberstudienrätinnen oder Oberstudienräte** (Besoldungsgruppe A 14 SHBeSO) / Eingruppierung in die Entgeltgruppe 14 TV-L“ nun schwarz auf weiß bescheinigt, in welchem enormen Umfang gymnasiale Lehrkräfte neben ihrer Unterrichtsverpflichtung zusätzliche Aufgaben zu bewältigen haben.

Hinzu kommen weitere Aufgaben jener Schulen, welche ukrainische Flüchtlingskinder aufnehmen. Der DPhV wirbt für eine Doppelstrategie: Die ukrainischen Schülerinnen und Schüler sollten möglichst bald in das deutsche Schulwesen integriert werden und um die Chance des deutschen Spracherwerbs wahrnehmen zu kön-

nen. Daneben gilt es, ihnen den Zugang zu ukrainischen Abschlüssen zu ermöglichen.

Einen großen zeitlichen Anteil in beiden Sitzungen hatte die Bearbeitung und Diskussion der Anträge, die sehr zahlreich aus den Bundesländern eingereicht worden waren. Anträge zur Bildungs- und Berufspolitik greifen einschlägige Probleme in SH auf. Ein Schwerpunkt berührt die Themen im Zusammenhang mit der Digitalisierung sowie den Lehrkräftemangel. Im Vordergrund stehen auch weiterhin die Arbeitsbelastung mit dem besonderen Hinweis auf außerunterrichtliche Aufgaben sowie das Studium und das Referendariat. Der Leitanspruch zur Bildungspolitik des DPhV fasst diese Punkte zusammen. Er ist auf unserer Homepage nachzulesen.

Mit dem Motto des 41. Deutschen Philologentages „**Gymnasium – weiter ge-**

dacht“ verbindet die Vorsitzende Lin-Klitzing zugleich eine konservative als auch innovative Sichtweise auf unsere Schularzt. Prof. Dr.

Olbertz, (Präsident der Internationalen Psychoanalytischen Universität Berlin; ehemals Kultusminister von Sachsen-Anhalt, ehemals Präsident



Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Stellv. dbb Bundesvorsitzender Maik Wagner

Foto:Phv

a.D. der Humboldt-Universität zu Berlin) ermöglichte in seinem Festvortrag mit dem Thema „Bildungskultur und kulturelle Bildung – Konstanz und Dynamik eines Bildungsgangs“ in beeindruckender Weise ein tiefes Eintauchen in die Grundlagen gymnasialer Bildung. Er zeigte philosophische, historische und soziologische Perspektive und deren Verflechtungen auf. Es gelang ihm souverän, das Humboldt'sche Bildungsideal - Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, umfassendes Wissen, Verstehen, Durchdringen, Hinterfragen – mit neuesten Erkenntnissen zu verknüpfen und somit dessen nach wie vor hohe Gültigkeit in der Gegenwart zu belegen.



DPHV-Vorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Phv-SH Vorsitzende Dr. Barbara Langlet-Ruck, HPR-Phv-SH Bettina Scharenberg, Phv-SH Kommiss. JuPhi-Vorsitzende Christiane Vetter Foto:Phv

Ein vielfältiges Exkursionsprogramm und die abschließende Abendveranstaltung im festlichen Rahmen rundeten die mehrtägige, rundum hochprofessionell organisierte Veranstaltung ab. Neue Kontakte wurden ge-

knüpft, die vielen Gelegenheiten zum Austausch intensiv genutzt. Solche persönlichen Treffen von Vorstandsmitgliedern der Landesverbände können in ihrer, die gesamte Verbandsarbeit befruchtenden Wir-

kung, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Dr. Barbara Langlet-Ruck



Die „weibliche Seite“ der DPhV-Vertreterversammlung

Foto:Phv

Kampfgeist auch nach dem aktiven Dienst

dbb—Seniorenhauptversammlung wählt Grete Rhenius als Vorsitzende

Beamte im Ruhestand genießen in privater Idylle nur behaglich ihre Freizeit und knuddeln allenfalls mal ihre Enkel?

Wer dieses Klischee im Kopf hatte, wurde kürzlich in Nortorf eines Besseren belehrt. Dort fand die diesjährige Seniorenhauptversammlung des Beamtenbundes Schleswig-Holstein statt. Und die war reich an Information und Diskussion, und sie offenbarte eine ziemliche Portion Kampfgeist.

Davon zeugte allein die Wahl der Vorsitzenden dieses Gremiums. Grete Rhenius wurde einstimmig zur neuen Sprecherin der Versorgungsempfänger in Schleswig - Holstein gewählt.

Damit führt dieses Gremium eine ehemalige Lehrerin, die uns im Philologenverband gut vertraut ist. Lange stand sie an der Spitze der Interessenvertretung für Lehrkräfte, der Nachfolgeorganisation des Realchullehrerverbandes (V D R). Grete Rhenius war uns eine enge Verbündete, sowohl was die gemeinsame Vertretung von Verbandspositionen anging als auch als Mitstreiterin im Hauptpersonalrat. Von der ihr eigenen Kombination von Kampfgeist, Rhetorik und Humor dürfen sich auch unsere P h v—Pensionäre eine wirkungsvolle Vertretung erhoffen.

Worum ging es inhaltlich auf der Veranstaltung, an der auch der dbb-Landesbundvorsitzende Kai Tellkamp mit einem ausführlichen Grußwort und informativen Debattenbeiträgen teilnahm?

Man erfuhr beispielsweise, dass

- in so gut wie allen Bundesländern der Selbstbehalt bei der Beihilfe abgeschafft wurde – **nicht aber in Schleswig-Holstein!** Danke, Ministerin Heinold! Ja, wir wissen, dass Sie ihre Wähler vornehmlich in der jüngeren Generation finden ...
- dass die noch amtierende Landesregierung alle Mühe und so manchen Trick aufbringt, um das verfassungsrechtlich gebotene Abstandsgebot bei den Besoldungsstufen aufrecht zu erhalten. Ja, auch hier ist die Verantwortung klar festzumachen (s. oben) ...
- dass man dem Bundesverfassungsgericht dafür dankbar sein muss, dass die Bezüge von Familien mit drei und

mehr Kindern immerhin um 15 % höher liegen m ü s s e n als die der Empfänger sozialer Grundsicherung

und manches mehr.

Die Unzufriedenheit der Ruheständler war mit den Händen zu greifen. Vom neuen Vorstand der dbb—Senioren erwartet man Engagement und Tatkraft.

Der nicht wieder kandidierenden Vorsitzenden Ingrid Werner-Langnickel wurde herzlich für ihre umsichtige und engagierte Arbeit in den letzten Jahren gedankt.

Walter Tetzloff



Die neue dbb Landesseniorenvertretung (v.l.): Kurt Blümlein, Grete Rhenius (Vorsitzende), Lydia Jäger, Jens Türk
Foto: Anne Gerber, dbb sh

A 14 Beförderungsverfahren

Welche Botschaft steckt hinter dem „Erlass zur Aufgabenübertragung für Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte (Besoldungsgruppe A 14 SHBesO) / Eingruppierung in die Entgeltgruppe 14 TV-L“?

Die Beförderungsrunde A14 soll in diesem Schuljahr erstmalig nach den Richtlinien des im März 2022 veröffentlichten „Erlass(es) zur Aufgabenübertragung für Oberstudienrätinnen oder Oberstudienräte (Besoldungsgruppe A 14 SHBesO) / Eingruppierung in die Entgeltgruppe 14 TV-L“ erfolgen.

<p>Wir stellen fest:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Erlass setzt das bewährte System der Assistenzen, durch das sich Studienrätinnen und Studienräte bisher profilieren konnten, faktisch außer Kraft. • Der Erlass verschwendet Ressourcen, indem Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte Aufgaben, die für Verwaltungskräfte oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in multiprofessionellen Teams geeignet sind, übernehmen sollen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Erlass benennt überwiegend zusätzliche, nicht aber höherwertige Aufgaben. • Der Erlass benennt eine hohe Anzahl von profession fremden Aufgaben. • Der Erlass regelt nicht, wie Mehrarbeit ausgeglichen werden soll. • Der Erlass ermöglicht durch die Festlegung von Aufgaben die Ausgrenzung von laufbahnberechtigten Bewerberinnen und Bewerbern. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Erlass trägt zur Rechtsunsicherheit bei, weil Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte Aufgaben rückwirkend übertragen werden sollen. • Der Erlass nennt 29 Aufgabenbereiche. Spätestens ab Juli 2025, wenn sämtliche Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte rückwirkend mit Aufgaben betraut wurden, wird dieser Aufgabenkatalog erschöpft sein. • Der Erlass erhöht zudem die Arbeitsbelastung von Schulleiterinnen und Schulleitern.
---	---	---

Diese und weitere Feststellungen konnten in einem Gespräch mit der Bildungsministerin und der stellvertretenden Abteilungsleiterin im April nicht zufriedenstellend geklärt werden.

Unsere Einschätzung, dass dieser Erlass widersprüchlich und rechtlich unsauber formuliert ist, haben wir uns inzwischen von einem Verwaltungsjuristen bestätigen lassen. Einzelne Anweisungen und Vorgaben zur Umsetzung zeigen an, dass dieser Erlass an der Schulwirklichkeit vorbei formuliert wurde. Widersprüche und ggf. auch Klagen dürften deshalb Erfolg versprechen. Dabei werden wir von unserem Dachverband, dem Deutschen Beamtenbund (dbb), unterstützt.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle: info@phv-sh.de

Dr. Barbara Langlet-Ruck

A 14 Beförderungsverfahren

Stellungnahme der DVSH (AG der OStD' und OStD im PhV SH)

Bei vielen Schulleiterinnen und Schulleitern findet der Ansatz, die A 14-Beförderung an die Übertragung von Aufgaben in der Schule zu koppeln, große Unterstützung. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, neue unterrichtsfremde Aufgaben zu kreieren, die unentgeltlich von den Kolleginnen und Kollegen übernommen werden sollen. Auch steckt nicht die Überlegung dahinter, Poolstunden einzusparen, weil die Mehrbelastung durch die Aufgabenübernahme bereits über die Beförderung abgegolten wäre. Für die Übernahme von besonderen Aufgaben muss es grundsätzlich und unabhängig von der Besoldungsstufe einen Ausgleich in Form einer zeitlichen Ressource geben, so eine unserer wiederholt vorgetragenen, zentralen Forderungen an die Politik. Drei Aspekte haben für uns in Erkenntnis der Tatsache, dass eine wie auch immer geartete Regelbeförderung nach A 14 ein unrealistisches Szenario darstellt, besondere Bedeutung.

1. Die Übernahme von Aufgaben über den eigenen Fachunterricht hinaus gehört untrennbar zu unserer Tätigkeit als Lehrkräfte in Schule. Kolleginnen und Kollegen zeigen in der Übernahme solcher Aufgaben und in deren Ausgestaltung in Eigenverantwortung und -initiative, dass sie geeignete Bewerberinnen und Bewerber um ein Beförderungsamt sind. Die Qualität des Unterrichts ist kein ausschließliches und nur partiell objektivierbares Kriterium für die Bewerberinnen- und Bewerberauswahl. Wesentliche Teile einer dienstlichen Beurteilung beziehen sich daher auch auf das Engagement in Schule über den eigenen Fachunterricht hinaus. Selbstverständlich muss und kann erwartet werden, dass auch nach einer möglichen Beförderung derartige Aufgaben in der notwendigen Zuverlässigkeit im pädagogischen Kontext und mit Blick auf eine langfristige Schulentwicklung übernommen werden. In den meisten Fällen ist dies so, es gibt jedoch auch die Ausnahmen von der Regel. Hier geht es demnach um eine gerechte Verteilung der Aufgaben innerhalb der Kollegien und einen verantwortungsbewussten Umgang mit Belastungs- und Entlastungsaspekten im herausfordernden Schulalltag
2. Der Aufgabenkatalog gibt in seiner Breite Schulleitungen eine gute Möglichkeit an die Hand, durch gezielte Auswahl und in Absprache mit dem ÖPR gleichermaßen dem Schulprofil und erforderlichen Schulentwicklungsvorhaben zu entsprechen wie die individuellen Interessen der einzelnen Kollegin bzw. des einzelnen Kollegen zu berücksichtigen. Dieses kann durch die eigene Ausgestaltung der Aufgabe auch zu einer größeren Zufriedenheit und weiteren Professionalisierung der Kolleginnen und Kollegen beitragen.
3. Gleichzeitig ist dieser Katalog selbstverständlich regelmäßig zu überprüfen und es ist weiterhin mit Nachdruck auf den Aufbau von multiprofessionellen Teams (inkl. Schulverwaltungskräfte) zu drängen, sodass Lehrkräfte insgesamt von unterrichtsfernen Tätigkeiten entlastet werden. Verantwortungsvolle Aufgaben im pädagogischen Kontext und vielfältigen Schulentwicklungsbereich werden in genügendem Umfang vorhanden bleiben.

Alexej Stroh, DVSH

Frühjahrstagung der Jungen Philologen 2022 in Leipzig

Die diesjährige Frühjahrstagung der Jungen Philologen vom 31.03. bis zum 02.04.2022 wurde in Leipzig ausgerichtet.

Leitthema des Treffens war die **Ausgestaltung einer zeitgemäßen Prüfungskultur in der Lehrerausbildung** und darüber hinaus. Dazu waren online die beiden Referentinnen Iris Laube und Catrin Ingerfeld aus NRW eingeladen, die sich seit mehreren Jahren mit den Prüfungsformaten des Referendariats auseinandersetzen und aufgrund ihrer teils von der Position des Philologenverbandes abweichenden Haltung als interessante Diskussionspartnerinnen herausstellten.

Laube und Ingerfeld forderten in der gemeinsamen Gesprächsrunde vor allem, eine Feedback- und Fehlerkultur in der Lehrerausbildung zu etablieren, die den Referendarinnen und Referendaren die Angst vor Unterrichtsbesuchen und Beratungssituationen nehme. Unterrichtsbesuche seien aufgrund der oftmals fehlenden Trennung von Beratung und Bewertung gegenwärtig nicht geeignet, um Unterrichtsqualität tatsächlich zu verbessern, da der Mut fehle, sich frei zu entfalten und auszuprobieren sowie die gezeigten Stunden als Lernsituationen zu nutzen. Die beiden Lehrerinnen, die auch als Fachleiterinnen in der Lehrerausbil-

dung in NRW tätig sind, treibt die Vision einer flexibilisierten und eventuell sogar unbenoteten Lehrerausbildung an, deren klassische Präsenzstrukturen zugunsten einer stärker individualisierten Ausbildung aufgelöst werden sollen.

Insbesondere mit der vollständigen Abschaffung der Benotung des Referendariats haben wir uns als Junge Philologen jedoch schwergetan, da in unseren Reihen überwiegend die Ansicht vertreten wird, dass Noten als probates Mittel der Bestenauslese nicht verzichtbar sind.

Konsens konnte hingegen vor allem in dem Punkt geschlossen werden, dass im Sinne der Lehrergesundheit eine Reduktion des Leistungsdrucks in der Lehrerausbildung vonnöten ist, da viele Nachwuchslehrkräfte bereits vor dem Ablegen des 2. Staatsexamens an ihre psychische und physische Belastungsgrenze getrieben werden.



Um individueller auf Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern eingehen zu können und Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Arbeitsalltag durch neue Prüfungsformate zu entlasten, konnte auch ein weiterer geladener Referent, Björn Nölte, spannende, teils kontroverse Impulse in seinem Vortrag setzen.

Björn Nölte, ehemaliger Lehrer für Deutsch und Geschichte in Potsdam und u.a. Mitglied im Institut für zeitgemäße Prüfungskultur, setzt sich für ein Neudenken der Prüfungskultur ein, da er die Prüfungen als prägend für die Lernkultur in Schulen betrachtet. Laut Nölte liege der Fokus in den Schulen derzeit zu stark

auf der Frage, was von den Inhalten des Unterrichts prüfungsrelevant sei, sodass die Prüfungen und nicht der Lernprozess oder fachliche Interessen bestimmen würden, wie und womit sich die Schülerschaft

auseinandersetze.



Juphis im Gespräch mit Christian Piwarz

Foto:Phv

Als alternative Prüfungsformen der Zukunft kann sich Nölte beispielsweise kollaborative Projektarbeiten oder Varianten des „formative assessments“ vorstellen, vor allem die Möglichkeiten der Digitalisierung müssten ihm zufolge auch stärker in Prüfungsformaten Eingang finden.

Die Gesprächsrunde konnte Nöltes Ideen vor allem bezüglich einer möglichen Entlastung bei den Korrekturen Positives abgewinnen, kritisch hingegen wurde auch hier wieder die Schwierigkeit der Benotung und insbesondere auch die fehlende Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Prüfungsformaten betrachtet. Zudem stand die Frage im Raum, inwiefern diese Prüfungsformen geeignet seien, um die Schülerinnen und Schüler auf die Abiturprüfungen und ein Studium vorzubereiten, da hier nach wie vor klassische Prüfungsformate gang und gäbe sind.

Einen letzten Höhepunkt der Tagung bildete schließlich der Besuch des sächsischen Kultusministers Christian Piwarz (CDU), der über die Bildungspolitik in Sachsen referierte und sich den kritischen Fragen der Jungen Philologen bereitwillig stell-



Juphi-Vorsitzender Georg Hoffmann (re.) und der sächsische Kultusminister Christian Piwarz
Foto:Phv

te. Bezeichnend für das Gespräch war, dass auch in unserem Gastgeberbundesland gute Arbeitsbedingungen und eine zukunftsorientierte Bildung zu oft an der bloßen Man-

gelverwaltung zu scheitern scheinen. Eine Bereitschaft, die fehlende Attraktivität des Lehrerberufs durch eine Reduktion der Arbeitsbelastung und bessere Rahmenbedingungen zu beheben, ist auch bei Herrn Piwarz leider nur in Ansätzen – mit dem Verweis auf leere Staatskassen – zu finden gewesen.

Nichtdestotrotz konnten wir unsere Kolleginnen und Kollegen in Sachen unterstützen, indem wir für dortige Probleme Lösungsansätze aus anderen Bundesländern in die Gesprächsrunde einbringen konnten, die zeigen, dass auch mit knappen finanziellen Mitteln viele Verbesserungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden könnten, vorausgesetzt, der politische Wille dazu ist vorhanden.

Christiane Vetter



Juphi Teilnehmergruppe Leipzig

Foto:Phv

Schulung für Örtliche Personalräte im ConventGarten in Rendsburg

Austausch und Information

Am **28. April 2022** konnte im ConventGarten in Rendsburg turnusgemäß unsere Schulungsveranstaltung für die örtlichen Personalräte der Gymnasien Schleswig-Holsteins stattfinden.

Auf der Grundlage der immer wiederkehrenden Nachfragen zu bestimmten Themen der ÖPRs und unserer Erfahrungen in der Arbeit im Hauptpersonalrat wurden diese im Rahmen einer Präsentation zusammengestellt und im Kontext des Mitbestimmungsgesetzes (MBG) durch die PhV-Vertreterinnen Lösungsmöglichkeiten vorgestellt.

Die Ausführungen zu **„Rechten und Pflichten eines ÖPR“** sind dabei ein wesentlicher Schwerpunkt. Diese leiten sich aus dem Mitbestimmungsgesetz ab und sind gerade für neugewählte Vertreterinnen und Vertreter wichtig für das eigene Selbstverständnis und das Handeln vor Ort. Anhand konkreter Beispiele wurden „Rechte und Pflichten eines ÖPR“ erläutert, die durch Fragen und Beiträge aus dem Plenum ergänzt wurden. Gerade die Möglichkeit zum Austausch, wie an den Gymnasien im Land mit den verschiedensten Schule betreffenden Themen umgegangen wird, wird von den Teilnehmenden dieser Veranstaltung sehr geschätzt.

Aktuell sorgte das A 14-Beförderungsverfahren für rege Diskussionen. Nachdem im vergangenen Jahr das Bewertungsraster neu eingeführt worden war, ist nun im zweiten Schritt der „Erlass zur Aufgabenübertragung“ verbindlich geregelt worden. Die Aufgabenverteilung

soll erst erfolgen, wenn die Beförderung nach A 14 erfolgt ist.

Dieser Schritt wird vom HPR-L kritisch gesehen. Die Sorge, dass hier nicht von gerechten, vergleichbaren Bedingungen bei der Aufgabenverteilung innerhalb einer Schule und auch zwischen den verschiedenen Schulen ausgegangen werden kann, wurde in der Diskussion durch die Rückmeldungen der ÖPRs zur konkreten Umsetzung bestätigt. Im Übrigen wurde in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, wie eine zusätzliche Aufgabenverteilung bei hoch belasteten Lehrkräften einerseits und die Bemühungen um eine Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs mit Blick auf die Lehrkräftegewinnung zusammenpassen.

Auch in diesem Zusammenhang ist das Thema **„Lehrergesundheit“ und BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement)** nach wie vor aktuell.

Wir haben uns daher sehr gefreut, dass wir als Gäste unser BEM-Team - die BEM-Beraterin Gesine Bertelsen und den BEM-Berater Dr. Martin Gnad - begrüßen konnten.

Beide sind landesweit - mit regionalen Zuständigkeiten - im Einsatz und beraten Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitungen vor Ort. Sie stellten im Rahmen einer Präsentation die Struktur des gesetzlich verankerten BEM-Verfahrens vor und berichteten über ihre Arbeit. Der Beratungsbedarf sei hoch. Die ÖPR-Vertreterinnen und -vertreter wurden erneut dafür sensibilisiert, dass Lehrkräfte bei entsprechenden Fehlzeiten - sechs Wochen - ein BEM-Angebot erhalten müssen und auch der ÖPR über die Schulleitung dar-

über informiert werden muss.

Das Thema **„Digitalisierung an Schulen“** stellte einen weiteren Schwerpunkt unserer Veranstaltung dar. Als Referenten konnten wir Herrn Stephan Hohbein gewinnen und in unserer Veranstaltung begrüßen. Er leitet das „Landesprogramm Digitale Schule“ im MBWK.

Zunächst gab Herr Hohbein im Rahmen einer Präsentation einen Überblick über den Stand der Digitalisierung an Schulen und erläuterte weitere Planungsschritte.

Das Projekt „Einheitliche Schulverwaltungssoftware“ befasst sich mit Schülerinnen und Schüler-Datenverwaltung, Personalverwaltung, Zeugniserstellung, Schuljahresstatistik, Stundenplan- und Vertretungsplan-erstellung und soll bis 2024 abgeschlossen sein. Bisher sind Grundschulen und Gemeinschaftsschulen umgestellt worden.

Für die Anwesenden war besonders das Projekt „Schulportal SH“ von großem Interesse. Die Einführung einer Schul-Email-Adresse für Lehrkräfte, Lernmanagementsysteme und weitere Dienste wurden vorgestellt.

Ziel sei es, einen virtuellen Arbeitsplatz für Lehrkräfte zu schaffen. Jede Lehrkraft und jede Schülerin/ jeder Schüler erhält eine digitale Identität und behält diese auch beim Schulwechsel innerhalb Schleswig-Holsteins. Die Anforderungen des Datenschutzes machen die zusätzliche Zwei-Faktor-Authentifizierung erforderlich, um den Schutzbedarf „hoch“ zu erfüllen. Damit ist zum

Beispiel eine Noteneingabe über das Internet möglich.

Darüber hinaus sei geplant, Funktionspostfächer für die jeweiligen ÖPRs einzurichten, die nicht den Zugriffsmöglichkeiten des Schul-Adminkontos unterliegen.

Weiterhin wurden die Lehrerendgeräte thematisiert. Diese sind als „Leihgeräte“ ausschließlich für die dienstliche Nutzung vorgesehen. Die Schulleitung trifft gemeinsam mit dem Kollegium, unter Beteiligung des ÖPR und unter Berücksichtigung des Medienentwick-

lungsplans die Geräteauswahl. Die Schulleitung stimmt die Anzahl der Geräte und Modelle mit dem Schulträger ab und gibt die Bestellung über das IQSH auf. Endgeräte stellen ein weiteres Medium zur Nutzung im Unterricht bzw. als Werkzeug dar. Das IQSH bietet eine Übersicht über zugelassene Software für diese Lehrerendgeräte (siehe Link unten). Herr Hohbein stellte sich den vielen Fragen der ÖPRs und nahm ebenso die vorgetragenen Hinweise und Bedenken der ÖPRs in Bezug auf die Digitalisierung an den Schulen für die weitere Arbeit auf.

Vielen Dank an unsere Referentin - Gesine Bertelsen - und unsere Referenten – Dr. Martin Gnad und Stephan Hohbein -, dass sie sich Zeit für unsere ÖPR-Schulung genommen haben, sich den Diskussionen stellen und Inhalte aus ihrer Perspektive klären konnten!

Die Vertreterinnen im HPR-L

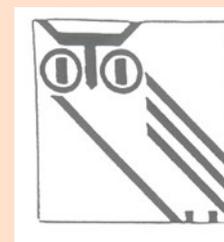
*Bettina Scharenberg
Katrin Schütze - Meyerfeldt
Julia Dorothee Binder*

Auswahl von Hinweisen:

Kontakt BEM-Team: gesine.bertelsen@iqsh.landsh.de Tel: 0151 18092351
martin.gnad@iqsh.landsh.de Tel: 0151 18092350

Entsprechende Dienstvereinbarungen regeln den Rahmen der Nutzung der Dienste und Endgeräte. Diese werden nach Bedarf geschlossen bzw. angepasst und wirken zusammen (siehe Homepage des MBWK: „Dienstvereinbarung Schulportal SH und E-Mail für Lehrkräfte“ sowie „Dienstvereinbarung Endgeräte für Lehrkräfte“).

Endgeräte für Lehrkräfte:	https://medienberatung.iqsh.de/endgeraete-lehrkraefte.html
Softwareliste Endgeräte für LK:	https://medienberatung.iqsh.de/endgeraete-lk-s.html
Praxisleitfaden Datenschutz:	https://medienberatung.iqsh.de/praxisleitfaden-datenschutz.html
FAQ Schuldatenschutz:	https://schuldatenschutz.schleswig-holstein.de/
Medienberatung:	https://medienberatung.iqsh.de/start.html
LMS:	https://medienberatung.iqsh.de/lms.html
Schulportal SH und E-Mail für LK:	https://medienberatung.iqsh.de/schulportal-sh.html
School-SH:	https://schulverwaltung.iqsh.de/
Videokonferenzdienst (Jitsi):	https://medienberatung.iqsh.de/vk-dienst.html



Arbeitsgemeinschaft der
Personalratsmitglieder

Save the date...

Kleiner Vertretertag

Treffen der Schulgruppenvorsitzenden am 29.09.2022, 9.30—13.00 Uhr mit anschließendem Mittagessen im ConventGarten in Rendsburg. Anmeldung unter info@phv-sh.de

Wir laden die neue Bildungsministerien/den neuen Bildungsminister zum Kleinen Vertretertag ein.

Im Frühjahr 2023 wird ein neuer Hauptpersonalrat gewählt!

Es mutet ein wenig früh an, dass wir uns bereits zu diesem Zeitpunkt mit den Wahlen zum Hauptpersonalrat, die im Frühjahr 2023 anstehen, beschäftigen. Wir haben sogar schon viel früher mit den Planungen begonnen, nämlich als wir unsere Kampagne „23 – 23“ entwarfen. Sie begleitet uns seit Januar dieses Jahres, wird aber, wie erwartet, leider auch in den nächsten Monaten ein wichtiges Anliegen sein. Die Arbeitsbelastung muss heruntergefahren werden! Konzepte und Werbematerialien der Kampagne haben an Aktualität nichts eingebüßt. Sie bleibt ein Thema des Philologenverbandes SH, auch während des HPR-Wahlkampfes.

Um rechtzeitig eine **Kandidatenliste für die HPR-Wahl** im Frühjahr 2023 erstellen zu können, treten wir bereits jetzt an Sie heran. Wir brauchen engagierte Kolleginnen und Kollegen, die möglichst Erfahrungen aus der Arbeit im ÖPR oder als GB mitbringen sollten und sich für die Kolleginnen und Kollegen im Land einsetzen wollen.–Wir wünschen uns eine breite Beteiligung bei der Kandidatinnen– und Kandidatensuche.

Liebe Mitglieder, machen Sie uns aufmerksam auf Kolleginnen und Kollegen, die mit ganzem Einsatz im Hauptpersonalrat arbeiten wollen oder melden Sie sich selbst bei uns im Verband, wenn Sie Interesse haben. Wir werden gern im persönlichen Gespräch über die vielfältigen Aufgaben Auskunft im HPR-L geben und Ihre Fragen beantworten.

*Dr. Barbara Langlet-Ruck
Bettina Scharenberg, HPR*

„Ein Weiter so ist keine Option!“

Der ABB bei der BRA-Tagung in Königswinter

Der Berufspolitische Ausschuss (BRA) im Deutschen Philologenverband (DPHV) traf sich vom 17.

- 19. März 2022 in Königswinter bei Bonn. Als Vertreter des ABB und HPR nahmen Bettina Scharenberg und Thomas Söhrnsen für den Phv— SH teil.

Neben den Berichten aus den Ländern standen Themen wie

Mehrarbeit, Arbeitszeit und Gesundheit im Mittelpunkt.

Es wurde berichtet, dass nicht nur in den östlichen Bundesländern, sondern im gesamten Bundesgebiet der Bedarf an Lehrkräften stark zunimmt und häufig nicht oder nur unzureichend mit Seiten- und Quereinsteigern gedeckt werden kann. Streichun-

gen bei der Studentafel finden teilweise in einem völlig inakzeptablen Umfang statt. Auch die Zahl der Lehrkräfte in Ausbildung nimmt stark ab, sodass sich die Konkurrenz unter den Ländern weiter verschärfen wird.

Die offensichtlich nachlassende Attraktivität des Lehrerberufes sollte der Politik zu denken ge-

ben. Ein paar Werbeposter (Imagekampagne) sind nett gemeint, reichen aber natürlich nicht aus. Der Phv kann hier bessere Vorschläge machen.

Mehrarbeit

In der Pandemiezeit haben Vertretungsnotwendigkeiten einen neuen Höhepunkt erreicht, und viele Kolleginnen und Kollegen fragen sich, inwieweit ständige Extrastunden noch rechtens sind.

Lehrkräfte sind die einzige Berufsgruppe des öffentlichen Dienstes, die ohne Ausgleich regelmäßig mehr Stunden leisten muss als es der vereinbarten Unterrichtsverpflichtung entspricht.

Hinzu kommt, dass die Anordnung von Mehrarbeit nach einschlägigen Urteilen strengen Regeln unterliegt. So muss sich diese auf Einzelfälle beziehen und eine Abwägung enthalten, ob sie überhaupt notwendig ist und ob die betroffene Lehrkraft die am besten geeignete dafür ist. Weiterhin ist eine schriftliche Anordnung erforderlich, wobei die Erstellung eines Dienst- bzw. Vertretungsplanes grundsätzlich nicht ausreicht. In Königswinter wurde dazu eine Resolution verfasst, in der der DPhV von den Ländern fordert, dass jede zu viel geleistete Unterrichtsstunde entweder durch Freizeit oder finanziell zeitnah ausgeglichen wird. Darüber hinaus muss der Aufbau einer deutlichen Vertretungsreserve erfolgen, um eine Unterrichtsversor-

gung von deutlich über 100% zu erzielen. Nur so kann Unterrichtsausfall vermieden werden.

Gesundheit

Mehr Aufgaben und Unterricht bedeuten natürlich mehr Belastung im Schulalltag. Damit wird die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen zunehmend gefährdet, was vom Land als Arbeitgeber offenbar billigend in Kauf genommen wird.

Schon vor Corona hat die LaiW-Studie des Deutschen Philologenverbandes die Notwendigkeit gezeigt, sich verstärkt diesem Thema zu widmen. Das Arbeitsschutzgesetz schreibt eine regelmäßige (ca. alle 2 Jahre) physische und psychische Gefährdungsbeurteilung an den Schulen durch externe Fachleute über den Schulverband (§5, Ziffer 6) vor.

Davon sind wir in Schleswig-Holstein noch weit entfernt. Maßnahmen im Rahmen einer **Verhältnisprävention** (Beseitigung der Gefährdungsursachen durch den Arbeitgeber) oder **Verhaltensprävention** (Beschäftigte werden durch Qualifikation in die Lage versetzt, die Belastungen zu meistern, z.B. Yoga, Massage, Supervision) finden sich an unseren Schulen nicht wieder.

Der Deutsche Philologenverband fordert daher die sofortige Umsetzung der seit 2014 im Gesetz festgeschriebenen Durchführung

von zentral gesteuerten Gefährdungsanalysen zur psychischen Belastung an allen Schulen gemäß den Leitlinien der GDA.

Am effektivsten wären natürlich die vom PhV SH schon lange geforderten Maßnahmen wie **kleinere Klassen, Absenkung der Unterrichtsverpflichtung (23/23), Doppelsteckungen bei Inklusion, eine Reduzierung der Inhomogenität der Lerngruppen** usw.

Das bedarf natürlich einer Aufstockung der Mittel für Bildung. Und wie sagten doch schon alle Politiker und Politikerinnen unlängst im Wahlkampf: „Die Bildung unserer Kinder ist das Wichtigste.“

Nun dann...

Thomas Söhrnsen für den ABB



Thomas Söhrnsen

Foto: Phv



**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

Endlich wieder Ausflüge!

Ausflug der Pensionäre nach Bosau

Nach der zweijährigen Pandemie bedingten Pause erwies sich der Hunger nach Veranstaltungen bei den Seniorinnen und Senioren un-



seres Verbandes als sehr groß: Am 19. Mai trafen sich 31 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Ausflug nach Bosau. 24 nahmen in Plön-Fegetasche das Schiff der Großen Plöner Seenrundfahrt, sieben fuhrten mit dem Wagen direkt zu Zielort. Bei herrlichstem Frühlingswetter genossen wir die halbstündige Seefahrt in den idyllischen Bischofssee.

Am Bosauer Anleger trafen wir uns alle und begaben uns durch den Ort zur St. Petri Kirche, besser bekannt unter dem Namen Vicelin Kirche. Hier konnte der Seniorenbeauftragte alle willkommen heißen, darunter auch unsere Ehrenvorsitzenden Klaus-Dieter Heyden und Helmut Siegmon. Darauf führte uns Frau Pastorin Bitterwolf in die Geschichte der Kirche ein, die unter Vicelin, seit 1150 Bischof von

Oldenburg, nach der Zerstörung Oldenburgs durch einen Slawenaufstand zum Bischofsdom wurde. Der Ausbau der Kirche begann jedoch erst 1156 durch Vice-lins Nachfolger Gerold. Die Ereignisse jener Zeit sind uns durch den Pfarrer und Chronisten Helmold von Bosau überliefert.

Herzog Heinrich den Löwen verlegte dieser den Bischofssitz nach Lübeck, wodurch Bosau seine privilegierte Stellung verlor.

Für die sehr ausführliche Darlegung der Geschichte der Kirche sowie ihrer Kunstwerke bedankten wir uns bei der Pastorin mit einer Spende für den Erhalt des Gotteshauses.

Danach war es Zeit zur Nahrungsaufnahme,

denn das Frühstück lag bei einigen wegen der langen Anfahrt weit zurück. Wir hatten Plätze im Gasthof „Zum Frohsinn“ (nomen est omen) reserviert, der gleich neben Kirche und Pastorat liegt.

Hier überbrachte Walter Tetzloff die Grüße unserer Landesvorsitzenden, Frau Dr. Langlet-Ruck, und informierte über die neuesten bildungs- und berufspolitischen Entwicklungen – insbesondere vor dem Hintergrund der gerade gelaufenen Landtagswahlen.

Gestärkt an Leib und Seele folgten wir dann Dr. Hans-Michael Kiefmann ans Ufer des Bischofssees. Dort erläuterte er uns – mit Blick auf die jeweiligen „Tatorte“ – die Ergebnisse seiner Forschungen zu Beginn der 70er Jahre. Hier ging es darum, die Siedlungsgeschichte dieses Raumes zu untersuchen, in dem ja im Rahmen der Ostkolonisation deutsche Siedler aus Holstein auf slawische Bevölkerung stießen. Ging man früher davon aus, dass eine ursprünglich rein slawische Siedlung von



deutschen Neuankömmlingen übernommen wurde, so zeigten die Untersuchungsergebnisse, dass beide Volksgruppen nebeneinander gesiedelt und zusammengelebt haben, wobei die slawische Bevölkerung allmählich assimiliert wurde.

Dr. Kiefmann erläuterte die unterschiedlichen Untersuchungsmethoden und führte uns auch, die Seespielgelschwankungen vor Augen, die es seit Ende der letzten Eiszeit gegeben hat und die die Siedlungsbereiche nicht unerheblich betroffen haben. Diese Schwankungen hatten in der Frühzeit natürliche, später anthropogene Ursachen.

Insgesamt bekamen wir auf sehr anschauliche Weise ein Bild der historischen Abläufe vermittelt. Unser uneingeschränkter Dank gilt Herrn Dr. Kiefmann für seine Mühe,

uns als Laien in kurzweiliger und packender Art in diese Zusammenhänge einzuführen.

Wir hoffen natürlich, ihn auch für weitere Exkursionen als Referenten gewinnen zu können.

Am späteren Nachmittag genossen wir die Rückfahrt über den Großen Plöner See bei angenehmem Wetter. Alle waren sich darüber einig, dass wir einen wundervollen Tag in einer herrlichen Landschaft verbracht hatten. Manche, die zum ersten Mal dabei waren, versprachen, beim



nächsten Mal auf jeden Fall wieder zu kommen – und das hoffentlich nicht erst in zwei oder drei Jahren.

Jörg Bruckmüller

Jetzt schon vormerken !

Sommerfest OV Kiel

Das Sommerfest des Ortsverbandes Kiel wird am **Donnerstag, dem 8. September 2022, um 18:00 Uhr, im 1. Kieler Hockey- und Tennisclub stattfinden.**

Gäste dürfen gerne mitgebracht werden. Neben den Berichten aus dem Landesvorstand gibt es ein leckeres Grillbuffet, zu dem der Verband herzlich einlädt.

Anmeldungen sind ab sofort möglich unter info@phv-sh.de

Kleiner Vertretertag

Das Treffen der Schulgruppenvorsitzenden ist für **Donnerstag, den 29.09.2022, von 9.00—13.00 Uhr mit anschließendem Mittagessen im ConventGarten in Rendsburg** terminiert. Anmeldungen sind ab sofort möglich unter info@phv-sh.de.

Wir laden die neue Bildungsministerien/den neuen Bildungsminister zum Kleinen Vertretertag ein.

Pressemitteilung

Philologen setzen hohe Erwartungen an die neue Landesregierung Langlet-Ruck fordert Schulartprofilierung bei gleichzeitiger Durchlässigkeit

Der Philologenverband Schleswig-Holstein hat hohe Erwartungen an die voraussichtlich kommende Landesregierung aus CDU und Bündnis-Grünen.

Das machte die Vorsitzende Barbara Langlet-Ruck deutlich: „Wir werden die Koalitionsverhandlungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen!“

Im Einzelnen dringt der Phv Schleswig-Holstein auf die Weiterentwicklung eines modernen gegliederten Schulwesens der weiterführenden Schulen aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule und berufsbezogenen Systemen.

„Entscheidend ist für uns eine klare Profilierung der Schularten“, so die Phv-Vorsitzende, „die Eltern unserer Schülerinnen und Schüler müssen deutlich die Unterschiede in der inhaltlichen Ausrichtung der weiterführenden Schulen erkennen, damit sie eine kindgerechte Entscheidung treffen können.“

Für die allgemeinbildenden Gymnasien sei eine breite und vertiefte

Allgemeinbildung das entscheidende Merkmal. Dies sei die Basis für ein wissenschaftliches Studium, und dazu bedürfe es sehr gut ausgebildeter Fachlehrkräfte. Ebenso gut ausgebildete Fachlehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen im Lande hätten hingegen den Auftrag, praxis- und berufsbezogen auszubilden.

Den Forderungen der Handwerkskammer und des Unternehmerverbandes nach gleicher Wertschätzung von „Wissen“ und „Können“ sei hier in besonderer Weise Rechnung zu tragen. Der Philologenverband appelliert an die beiden Koalitionsparteien, die Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schularten ernst zu nehmen.

Auch sollte die Grundschulempfehlung endlich überarbeitet werden. „Hier muss das Kindeswohl im Vordergrund stehen!“ erklärte Barbara Langlet-Ruck.

Handlungsbedarf sieht der Verband auch bei der Lehrkräftegewinnung in Schleswig-Holstein. Hierzu gehöre

eine angemessene Bezahlung bei einer vertretbaren Stundenbelastung. „Die liegt bei den Gymnasiallehrkräften noch immer um zwei Wochenstunden höher als beispielsweise in Niedersachsen! Das ist nicht gerade werbewirksam“, so Langlet-Ruck.

Auch bei der Fort- und Weiterbildung müsse das Land professioneller agieren: Die Ausgaben in der gewerblichen Wirtschaft für Fortbildung seien pro Beschäftigten im Bundesvergleich beispielsweise dreimal so hoch wie bei Lehrkräften.

*Dr. Barbara Langlet-Ruck
Walter Tetzloff*



**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

Kleiner Vertretertag

Das Treffen der Schulgruppenvorsitzenden ist für **Donnerstag, den 29.09.2022, von 9.00–13.00 Uhr mit anschließendem Mittagessen im ConventGarten in Rendsburg** terminiert. Anmeldungen sind ab sofort möglich unter info@phv-sh.de.

Wir laden die neue Bildungsministerien/den neuen Bildungsminister zum Kleinen Vertretertag ein.

PRESSEMELDUNG

Informationen und Meinungen zur Schul- und Bildungspolitik



Umfrage unter Lehrkräften DPbV fordert mehr schulische Unterstützung für den Unterricht geflüchteter Schülerinnen und Schüler

Berlin – Mehr als 100.000 geflüchtete Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine werden derzeit an deutschen Schulen unterrichtet. Die KMK rechnete sogar mit bis zu 400.000 Kindern und Jugendlichen, die aus der Ukraine nach Deutschland kommen. Doch dafür sind unsere Schulen noch nicht gut genug ausgestattet! 88 Prozent der befragten Lehrkräfte an Gymnasien haben an ihren Schulen bisher keine Unterstützung durch zusätzlich eingestellte Lehrkräfte bekommen. 80 Prozent der Lehrkräfte erklären, dass an ihren Schulen keine Vorbereitungsklassen für geflüchtete Schülerinnen und Schüler eingerichtet wurden.

Dies geht aus einer Umfrage des Deutschen Philologenverbandes unter mehr als 1700 Lehrkräften an Gymnasien hervor, die im April dieses Jahres online durchgeführt wurde.

Nur 15 Prozent der Lehrkräfte haben demnach die Erfahrung gemacht, dass Kolleginnen und Kollegen, die zusätzliche Aufgaben für die geflüchteten Schülerinnen und Schüler übernehmen, entlastet wurden. 85 Prozent hingegen konnten keine Entlastungsmaßnahmen feststellen.

60 Prozent der befragten Lehrkräfte gaben an, dass geflüchtete Schülerinnen und Schüler nicht ihren Fähigkeiten entsprechend den passenden Schularten zugewiesen werden. 40 Prozent der Lehrkräfte erklärten aber, dass dies ordentlich geschehe.

„Wir brauchen mehr Unterstützungsmaßnahmen durch die Politik für die ukrainischen und für die deutschen Lehrkräfte, um alle Schülerinnen und Schüler gut, bedarfsgerecht und passgenau beschulen zu können“, erklärt die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, dazu. „Konkret brauchen wir für die geflüchteten ukrainischen Lehrkräfte mehr zusätzliche und qualifizierte Deutschkurse, damit sie uns in den Schulen besser unterstützen können. Sie müssen anschließend an zertifizierten Standards orientiert zumindest stundenweise unbürokratischer in unseren Schulen beschäftigt werden können.“

Lin-Klitzing weiter: „Die bereits beschäftigten deutschen Lehrkräfte brauchen angesichts der zusätzlichen Aufgaben mehr Entlastungsstunden und erst recht keine Streichung von vorgesehenen Ermäßigungen! In die Nachtragshaushalte der Länder müssen zudem umgehend bedarfsgerecht mehrere tausend Lehrerstellen eingestellt werden.“

Berlin, 7.6.2022

Verantwortliche: Karolina Pajdak, Pressesprecherin
Deutscher Philologenverband e.V.
Friedrichstraße 169,
D-10117 Berlin

Tel. 030 / 40 81 67 89
Fax 030 / 40 81 67 88
Handy: 0176/23 78 56 55
E-Mail: karolina.pajdak@dphv.de

Terminrückschau März 2022 - Juni 2022

Auch in den vergangenen Monaten waren Vorstand und Mitglieder für den Phv aktiv

22.03.2022 Frühjahrsempfang CDU	05./06.05.2022 DPHV-Bundesvorstand und Vertreterversammlung in Berlin	09.06.2022 Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes, Kiel Geschäftsstelle
22.03.2022 SPD Jahresempfang	16.05.2022 Rechtsberatung zur Neufassung des Erlasses „Beförderung nach A 14	09.06.2022 Sitzung der „Landesfachkommission Bildung & Wirtschaft“
29.03.2022 30 Jahre FDP-Landtagsfraktion—Empfang	17.05.2022 Redaktionssitzung Gymnasium heute 2/22	16.06.2022 „Jugend erinnert“ in Schleswig-Holstein—Perspektiven für die Gedenkstättenpädagogik
20.04.2022 Gespräch mit Bildungsministerin Karin Prien	17.05.2022 Sitzung des Landesvorstandes, Kiel	23./24.06.2022 DigitalPakt Schule Statuskonferenz 2022, BM f. Bildung und Forschung
28.04.2022 HPR Schulungs- und Fortbildungsveranstaltung, ConventGarten Rendsburg	30.05.2022 Sitzung des Ausschusses für Beamtenrecht und Besoldung (ABB)	27.06.2022 Sitzung des Landesvorstandes, Kiel
28.04.2022 Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes, Kiel Geschäftsstelle	08.06.2022 Gespräch: Bildungsministerin Prien mit Verbandsvorsitzenden und Schulleitern	
29.04.2022 Diskussionsveranstaltung des MBWK zum Bericht „Bildung in Schleswig-Holstein im Spiegel der nationalen Bildungsberichterstattung	08.06.2022 Seniorenhauptversammlung des dbb Schleswig-Holstein	
02.05.2022 Kieler Presseclub, Mitgliederversammlung	08.06.2022 Spargelesen Ortsverband Itzehoe und Region West, Itzehoe	

- **Fragen ?**
- **Anregungen ?**
- **Diskussionsbeiträge ?**

Rückmeldungen zu Beiträgen oder Anregungen und Wünsche zu Inhalten sind willkommen und können per Mail an Gh-Forum@Phv-sh.de gesendet werden.

Herzlichen Dank für Ihr Feedback.

Haben sich Änderungen ergeben....?

- Schulwechsel
- Wechsel der Besoldungsstufe/Entgeltgruppe und / oder Stundenzahl
- Kontoänderung
- Adressänderung
- Namensänderung
- Änderung der Mailadresse

Dann teilen Sie uns diese bitte über die Geschäftsstelle unter info@phv-sh.de zeitnah mit.

Dummdeutsch für Fortgeschrittene



Wir Philologen verstehen uns – getreu lexikalischer Definitionen – als Freunde des Wortes, des Wortsinns und der Wissenschaften. Grund genug für ein wenig Sprachkritik an dieser Stelle. Was uns nämlich in der Öffentlichkeit (und keineswegs nur in der medialen ...) entgegenschlägt, kann uns zuweilen entweder befremden oder amüsieren. Der Verfasser hat sich für Letzteres entschieden.

Keine Ahnung, ... aber stets aktuell!

Sie wissen in einer Sache nicht so genau Bescheid? Sie haben bei einem Thema keine Detailkenntnisse? Macht nichts. Die Zeiten, in denen einem dergleichen peinlich war oder sein müsste, sie sind (gottlob!) längst vorbei.

Heute sind Wissens- und Kenntnislücken kein Hindernis mehr für selbstbewusstes Auftreten in nahezu jeder kommunikativen Situation. Im Unterrichtsalltag hört man beispielsweise folgende Schülerfeststellung: „Später schrieb dann Goethe irgendwann – keine Ahnung – den ‚Faust‘...“, die junge Schauspielerin palavert, gestisch untermalt, in der abendlichen TV-Talkshow: „Der Regisseur verlangte von mir - keine Ahnung – ich sollte in seiner Serie ...“, und selbst der Jungpolitiker scheut sich nicht, vor laufenden Kameras seine Ziele für die laufende Wahlperiode zu nennen: „Wir sollten – keine Ahnung – mehr Radwege und Fahrradbügel schaffen ...“

Auf den referierenden Schüler sollte man mit pädagogischer Ermutigung reagieren, damit er seine literaturgeschichtlichen Kennt-

nisse noch etwas präzisiert, der Schauspielerin kann man wünschen, dass sie ihr Talent mit und ohne Regisseur verwirklichen kann, und dem Nachwuchsparlamentarier ist unbedingt zuzustimmen, dass Radwege und Fahrradbügel unentbehrlich für jegliche Verkehrswende sind ...

Warum aber erwecken alle drei Zitierten den Eindruck der Inkompetenz, wo sie doch in Wahrheit nur Unsicherheit und Formulierungsschwäche kaschieren wollen? Ihnen ist – im Sinne ihrer eigenen Glaubwürdigkeit – nur zu raten, auf die törichte Floskel „keine Ahnung“ zu verzichten.

Übrigens, als vor ca. 20 Jahren die so beliebte wie unnötige Phrase populär zu werden begann, konnte man im mündlichen Abitur erleben, wie eine Schülerin ihren kaum strukturierten Wortschwall in jedem vierten Satz mit dem Einschub „Keine Ahnung!“ dekorierte. Leider war die Formulierung diesmal keine Floskel ...

Ist Ihnen schon aufgefallen, wie aktuell Hörfunk, Fernsehen, Vorträge, selbst private Äußerungen geworden sind? Hier kommen ein paar Beispiele:

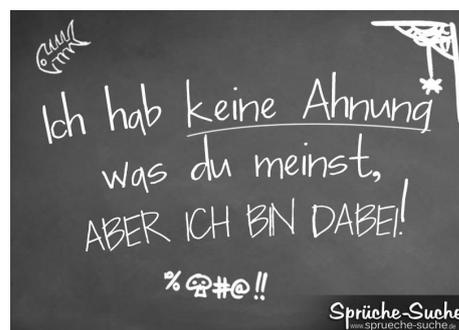
„Vorsicht! Auf der Bundesstraße 76 laufen aktuell Rehe über die Fahrbahn!“ – „Die Schauspielerin lebt aktuell in Scheidung!“ – „Putins Truppen kämpfen aktuell vor Mariupol!“

Ja, „aktuell“ wurde zum Modewort und erlebte einen geradezu inflatorischen Massengebrauch.

Dabei musste es auch noch eine grammatische Neuordnung hinnehmen: Es mutierte vom Adjektiv zum Adverb! Hieß es früher: „Diese Nachricht ist nicht mehr aktuell“ oder: „Für die aktuelle Berichterstattung danken wir unserem Korrespondenten ...“, so musste es bei seiner Neuanwendung bewährte und passende Adverbien wie „momentan“, „derzeit“, „gegenwärtig“ und manch andere verdrängen. Alles erfolgt jetzt „aktuell“. Das Wörtchen hat als – steigerbares – Adjektiv ausgedient und die Adverbien vertrieben. Schade.

Von unseren Leserinnen und Lesern wissen wir wenigstens, dass sie Kenntnisse haben und nicht nur Ahnungen und dass sie sich derzeit (und nicht „aktuell“) auf ihre Sommerferien freuen. Dass diese schön und erholsam werden, wünscht Ihnen der Verfasser

Walter Tetzloff



phiv

Gesinnung statt Bildung—Ermäßigungspädagogik statt Leistung

Zwei „Tagesspiegel“-Redakteure rechnen mit Berliner Bildungspolitik ab

Nein, dem konservativen Spektrum sind sie nicht zuzuordnen – die beiden Redakteure Lorenz Maroldt und Susanne Vieth-Entus vom Berliner „Tagesspiegel“. Fortschritt, der sich in einem zeitgemäßen Bildungsbegriff äußert, ist ihnen nicht fremd, und ein wohlfeiles kulturpolitisches Lamento ist ihre Sache auch nicht.

Umso alarmierender wirkt die Studie, die die beiden Journalisten jüngst veröffentlicht haben:

Sie befasst sich mit den schulpolitischen Verhältnissen in unserer Hauptstadt. Die Lektüre löst beim Leser zunächst nur ungläubiges Staunen und Kopfschütteln aus („Ja, Berlin, das wissen wir doch, dass da alles schief läuft...“), dann aber folgen Nervosität und Unruhe („Sind die Verhältnisse bald auch bei uns zu erwarten?“), und schließlich stellt sich so etwas wie Respekt und Anerkennung ein, wenn die Autoren – nicht nur der Fairness halber – Anzeichen positiver Veränderung mit konstruktiven Ideen für gute Schule und richtige Schulpolitik verknüpfen.

Das Buch trägt den Titel „Klassenkampf. Was die Bildungspolitik aus Berlins Schuldesaster lernen kann“ (Berlin 2022) und beschreibt

Zustände in Klassenzimmern, Schulen und Behörden, die schlafräuberhaft genannt werden können.

Man liest von maroden Klassenzimmern, von überfüllten Klassen, von unzureichender Förderung nicht-muttersprachlicher Schülerinnen und Schülern, von einer erschreckend hohen Zahl nicht fach- und sachgerecht ausgebildeter Lehrkräfte, von einer ebenso beunruhigend hohen Zahl von Lehrerinnen und Lehrern, die – keineswegs nur in Erwartung einer Beamtung – Berlin verlassen, und von ideologischen Fehlentscheidungen, bei denen pragmatische und kompetente Lehrkräfte und Schulleiter (häufig S P D-Mitglieder) von ideologischen Hardlinern in Behörden zurückgepfiffen werden, weil sie Parteibeschlüsse nicht berücksichtigt haben.

Die aufgeführten Beispiele, die die Autoren in ihrem Buch, das jüngst die Aufmerksamkeit mehrerer öffentlich-rechtlicher Hörfunksender fand, zeigen, sollte jede Leserin und sollte jeder Leser selbst zur Kenntnis nehmen, reflektieren und mit eigenen Beobachtungen in Schleswig-Holstein vergleichen. Die Lektüre dieser sorgfältigen Darstellung von Maroldt und Vieth-Entus lohnt in

jedem Falle, auch wenn man nicht jeder schulpolitischen Schlussfolgerung zustimmen möchte.

Walter Tetzloff



Lorenz Maroldt, Susanne Vieth-Entus: Klassenkampf ISBN: 3518472313 ISBN, 266 S., Suhrkamp Verlag, 07.03.2022, 18,00 €



Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

Herausgeber: Philologenverband Schleswig-Holstein (Phv SH), Kiel
1. Vorsitzende: Dr. Barbara Langlet-Ruck (Fotos Phv SH, sofern nicht anders angegeben)

Redaktion: Dr. Barbara Langlet-Ruck, Walter Tetzloff, Jan Kunze, Michaela Bech

Satz: Michaela Bech

Red.-Anschrift: Muhliusstraße 65, 24103 Kiel, Tel.: 0431-81940, info@Phv-sh.de, www.Phv-sh.de

Druck: hansadruck und verlag gmbh + co.kg, hansastr. 48, 24118 kiel
Gedruckt auf FSC zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.